



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

285 (24.6.1926) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-230046](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-230046)

Neue Mannheimer Zeitung

Bezugspreis: In Mannheim und Umgebung bei und ausserhalb der Post monatlich R. 2. 50 ohne Postgebühren. Bei enm. Veränderung der wirtsch. Verhältnisse Nachzahlung vorbehalten. **Verkaufsstellen:** Nr. 17590 Karlsruhe — Hauptgeschäftsstelle E. 2. — Reichsrats-Rebentrittens-Strasse 6. Schweglinger Str. 24. Weierstr. 11. — Telegramm-Adressen: Generalanzeiger Mannheim, Erscheinungsmomente: 1. 1. 1926. Fernsprechnr. - Anträge Nr. 7941, 7942, 7943, 7944 u. 7945.

Mannheimer General-Anzeiger

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro emp. Kolonnenzeile für 14 Tage, Anzeigen 0,40 R. d. Blatt, 3-4 R. d. Blatt. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Besondere Berechnung übernommen. Höhere Gebüh. Betriebsstörungen usw. berechnen zu keinem Zweck. Anzeigen für ausgefallene oder befristete Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen, Kautionsgeb. durch Fernsprecher ohne Gewähr. — Geschäftsstand Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel - Aus Zeit und Leben - Mannheimer Frauen-Zeitung - Unterhaltungs-Beilage - Aus der Welt der Technik - Wandern und Reisen - Gesetz und Recht

Das neue Kabinett Briand-Caillaux

Caillaux' Einstellung zu Deutschland

V Paris, 24. Juni. (Von unserem Pariser Vertreter.) Caillaux hat das Finanzministerium übernommen, nachdem Poincaré den Briand erneut zu bewegen versucht hatte, das Finanzportefeuille zu übernehmen, endgültig abgelehnt hatte. Briand wollte darauf zunächst auf die Kabinettsbildung verzichten, ließ sich aber dann vom Präsidenten der Republik, dem er von dieser Absicht Kenntnis gab, bestimmen, einen neuen Versuch mit Caillaux zu unternehmen. Nachdem Caillaux sich bereit erklärt hat, gilt das Kabinett Briand-Caillaux als gesichert. Das bedeutet eine sehr einschneidende Verschiebung des Schwergewichts der von Briand in Aussicht genommenen Kombination. Nachdem die Idee eines Ministeriums der nationalen Einheit gescheitert war, hatte Briand versucht, ein Kabinett zu bilden, das auf den Mittelgruppen basierte und mit der Unterstützung des rechten Zentrums und eines Teiles der Republikanischen Sozialisten und der Radikalsozialisten rechnete. Die Ausschiffung Poincarés und Doumergs und deren Ersatz durch Caillaux und voraussichtlich Painlevé gibt der Koalition, auf der Briand nunmehr sein Kabinett aufzubauen sucht, wieder ausgesprochen linkscharakter.

Am Mittwochabend halb 7 Uhr gab Briand die offizielle Bildung des Kabinetts bekannt.

Die Ministerliste

- folgende:
Briand: Ministerpräsident und Auswärtiges
Caillaux: Finanzen
Pierre Casati: Justiz
George Leygues: Marine
General Guillaumat: Krieg
Chapalain: Handel
Rogaro: Reichlicher Unterricht
Perricr: Kolonien
Blanc: Landwirtschaft
Daurand: Inneres
Daniel Vianent: Öffentliche Arbeiten
Darsfour: Arbeitsminister
Jourdain: Pensionen.

Der Sieger im Streit ist Caillaux. Darüber sind sich alle Politiker einig. Caillaux verbirgt seinen Triumph über Poincaré den Radikalsozialisten, die den Beschluß feierten, Poincaré und Doumerg offen zu bekämpfen. Sie sehen durch Painlevé dem Kabinettsbildner mitteilen, daß eine Verständigung mit Poincaré ebenso ausgeschlossen sei, wie mit dem bereits erledigten und seiner Unfähigkeit überwiegenen Doumerg. Außerdem brachten sie Briand zur Kenntnis, daß Caillaux' Programmrede am vergangenen Sonntag den Beifall einiger Kartellgruppen erhalten habe. Briand fiel es daher nicht schwer, die beiden Ministerkandidaten Poincaré und Doumerg im eleganten Art und Weise aus seinem künftigen Kabinett hinauszukomplimentieren. Er wies einfach darauf hin, daß sie durch ihre Unwesenheit in der Regierung die republikanischen Fraktionen zur Opposition aufreizen würden. Poincaré machte gute Miene zum bösen Spiel, obwohl er Caillaux unterlegen ist. Doumerg selbst unter dem Fluch der Bächerlichkeit. Um Caillaux zu ärgern, rief er beim Verlassen des Konferenzzimmers den Journalisten zu: „Es lebe die Freiheit!“ Als man den alten Herrn fragte, was er mit diesen Reden wollte, entgegnete er: „Caillaux wird euch Moros lehren!“

Für Franklin Bouillon, der Poincarés Schriftmacher war, bedeutet der Sieg Caillaux keineswegs eine Niederlage, denn der neue Finanzminister verständigte sich mit Franklin Bouillon über wichtige finanzpolitische Fragen. Insofern kann das Kabinett Briand-Caillaux in der Kammer mit einer Mehrheit rechnen, die einige Gruppen des Zentrums in sich schließt.

Die Tätigkeit Caillaux' wird der neuen Regierung in innen- und außenpolitischer Hinsicht ohne Zweifel den Stempel aufdrücken. Caillaux wird in seiner Funktion als Vizepräsident des Ministeriums der nächste Mitarbeiter Briands sein. Aus seinem Programm machte Caillaux niemals ein Geheimnis. Als er im Vorjahr Finanzminister war, besaß er noch nicht den Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik. Seit seinem Eintritt in den Senat und in die Kommission für auswärtige Angelegenheiten eroberte sich Caillaux eine starke Position. Es ist in diplomatischen Kreisen bekannt, daß er während der Beratungen der Senatskommission über den Locarno-Vertrag eine vollkommen richtige seiner außenpolitischen Ideen referierte. Er trat dafür ein, daß zwischen Frankreich und Deutschland ein intimes Wirtschafts-

verhältnis geschaffen werden muß. Ich hatte vor einiger Zeit Gelegenheit, mit Caillaux zu sprechen. Er betonte in den mir gemachten Mitteilungen, daß er die Sicherung des deutsch-französischen Wirtschaftsverhältnisses als solide Grundlage für den Wiederaufbau Europas und für die Sanierung des französischen Franc betrachte, an der Deutschland ein vitales Interesse bestesse. Ein gutes Einverständnis mit Deutschland hält Caillaux für besser als die von Poincaré verlangte militärische Rückversicherung bei England.

Poincaré hat auch dieser Tage über seinen Plan gesprochen und erklärt, daß, falls er wieder in die Regierung komme, er mit England über den Abschluß eines militärischen Abkommens verhandeln wolle, selbst auf Kosten französischer Konzessionen im nahen Osten. Caillaux hat diese Ansicht Poincarés in der Senatskommission für auswärtiges bekämpft. Es wäre jedoch grundsätzlich, wenn man von Caillaux irgendwelche offene Beeinflussung der briandistischen Außenpolitik erwarten wollte. Am allerwenigsten wird der Finanzminister und Vizepräsident im Ministerrat seinen wirtschaftspolitischen Bestrebungen einen Charakter geben, der die kleine Entente und namentlich Polen beunruhigen könnte. Caillaux steht selbst einem mächtigen frankopolnischen Syndikat nahe, das sich für den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern interessiert. Zudem wird Caillaux aus Gründen, die in seiner Vergangenheit zu suchen sind, jede Aktion vermeiden, die ihn in den Verdacht brächte, den territorialen Status in Osteuropa korrigieren zu wollen. Daß Caillaux die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Danziger Korridor sehr abfällig beurteilt, ist aus einem mit ihm geführten Gespräch bekannt. Es handelt sich aber bei dieser Erklärung um seine Privatmeinung. Der Hauptplan Caillaux' ist einstellend die Stabilisierung des Francs. Das Washingtoner Abkommen wird er annehmen, obwohl es die von ihm selbst vorgelegte Garantieklausel nicht enthält. Caillaux will aber gerade diese Klausel in dem Schuldenregelungsabkommen mit Amerika benutzen, um mit Deutschland gewisse Abmachungen zu erreichen deren Zustandekommen die Garantieklausel ersetzen könnte. Im Rahmen dieser großzügigen Wirtschaftspolitik sucht er die für Frankreich wichtige Ergänzung des Reparationsvertrages zu verwirklichen.

Briand wird also im engsten Kontakt mit Caillaux wirken müssen. Vom innerpolitischen Standpunkt aus gesehen, wird sich die Aufgabe des neuen Finanzministers äußerst schwierig gestalten. Mit heißen Versuchen und zögernder Taktik löst sich jetzt nichts mehr ergeben. Caillaux lehnt zwar ein diktatorisches Vorgehen ab, ist aber fest entschlossen, eine Durchschiebung seiner finanziellen Pläne zu sichern. In diesem Zweck wird er die rasche Erledigung der Diskussionen in den Ausschüssen fordern und die en bloc-Abstimmung in der Kammer. Sollten sich in Paris und in der Provinz Unruhen ereignen, so ist die Militär bereit, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Ernennung des Generals Caillaumes zum Kriegsminister wird als Beweis dafür aufgefaßt, daß man Störungen der öffentlichen Ruhe nicht für ausgeschlossen hält. Das neue Kabinett enthält einige sehr fähige Politiker. Der Deputierte Rogaro, Mitglied der radikal-sozialistischen Partei, wurde zum Unterrichtsminister ernannt. Er ist Unversitätsprofessor für Volkswirtschaft und sieht Caillaux als Vertrauensmann nahe. Ein rechtsstehender Politiker, Pietri, tritt zum ersten Male in eine Regierung ein. Pietri ist zum Unterstaatssekretär des Finanzministeriums ernannt worden. Als zweiter Unterstaatssekretär nahm sich Caillaux den Redakteur des Blattes „Le Travail“, Dubois.

Die Presse verhält sich im Großen und Ganzen zustimmend, was umso merkwürdiger ist, da sie für Poincaré arbeitet. Präsident Doumergue wird das Kabinett um 12 Uhr nachts empfangen. Man hält es für möglich, daß sich die Regierung morgen nachmittag dem Parlament vorstellen wird.

Caillaux' Bedingungen

In einer Erklärung Caillaux' der Presse gegenüber habe dieser die Worte gebraucht: Ich habe das Finanzministerium übernommen. Natürlich habe die Bedingungen gestellt, die zur Durchführung meiner Aufgabe unerlässlich sind. Die wichtigsten dieser Bedingungen ist die Erweiterung meiner Vollmachten.

Die Auswahl der neuen Kabinettsmitglieder wurde von Caillaux unmittelbar beeinflusst. Neben der Befragung des Kriegsministeriums hat er vor allem verlangt, daß das Ministerium des Innern, der Justiz, das Handelsministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten Politiker aus seiner näheren Umgebung erhalte, auf deren Zuverlässigkeit und Ergebenheit er sich verlassen könne. Als Begründung habe er angeführt, daß die Maßnahmen, die er zur Sanierung der Währung für erforderlich halte, ihn zwingen würden, mit der Möglichkeit von Streiks und Unruhen zu rechnen. Im Hinblick darauf müsse er der unbedingten Autorität und Festigkeit der zuständigen Ministerien sicher sein.

Ueber die Stimmenzahl, über die Briand in der Kammer verfügen wird, verlautet, daß er neben den 216 Stimmen der im Kabinett vertretenen Parteien noch auf eine wohlwollende Neutralität der 104 Sozialisten und vielleicht auch der 40 Abgeordneten starken Gruppe Bolschewisten rechnen könne.

Eine Erklärung Poincarés

Die Agentur Havas veröffentlicht heute eine Erklärung Poincarés, welche Gründe ihn veranlaßt hätten, das ihm von Briand angebotene Finanzministerium nicht zu übernehmen. Um das Finanzministerium übernehmen zu können, hätte er eine gewisse Einschränkung im Kabinett fordern müssen. Auch habe er eine Wiederaufnahme der seinerzeit angenommenen Sparverfügungen vorgeschlagen. Doch sei die Lösung der Krise von Anfang an in einer anderen Richtung gelegen. Von verschiedenen Ministern sei darauf

(Fortsetzung auf Seite 2)

Ein Spiegel für das deutsche Volk

Von Gouverneur z. D. Dr. Heinrich Sänne, R. d. R.

Am Tempel zu Delphi stand das berühmte Welt geschriebene: Gnothi seauton (Erkenne Dich selbst), das den einzelnen zur Selbsteinlebung aufrief. Wie ungeheuer schwer es ist, dieser Mahnung zu folgen, muß jedem ins Bewußtsein gekommen sein, der den Versuch dazu gemacht hat. Noch weit schwieriger ist die Aufgabe, wenn einem ganzen Volk ein solches „Erkenne Dich selbst“ zugerufen wird; um so schwieriger, wenn es sich um ein hochentwickeltes Kulturvolk handelt, das in sich mannigfaltige Typen und Geisteströmungen aufweist. Dem Angehörigen des Volkes selbst erscheinen diese Differenzierungen naturgemäß so groß, daß es ihm schwer wird, einen Standpunkt außerhalb zu nehmen, von dem er die Gesamtheit seiner Volksgenossen als etwas Einheitliches, von anderen Völkern Verschiedenes, erschaut. So ist es nicht ohne innere Begründung, wenn es nicht ein Deutscher ist, der es unternimmt, dem deutschen Volk jenes Mahnwort zuzurufen, und ihm einen Spiegel vorzuhalten, in dem es seine Züge erkennen soll, sondern ein Amerikaner. Es ist der durch verschiedene ausgezeichnete Bücher, darunter die hervorragende Darstellung der amerikanischen Verhältnisse in dem „Land Gottes“ auch in Deutschland rühmlichst bekannt gewordene Reformier Hermann George Scheffauer.

Sein Buch trägt den Titel: „Wenn ich Deutscher wäre! Die Offenbarungen eines Amerikaners über Deutschlands Größe und Trost“ (Verlag Max Koch, Leipzig). In einer Sprache voll reichlichen Ausdrucks, die sich in manchem Teil zu dramatischer Wucht steigert, legt Scheffauer dar, daß das deutsche Volk Leistungen vollbracht hat, gegen welche die seiner Feinde gering erscheinen. Er erklärt das deutsche Volk allen jenen überlegen, und zwar auf dem Gebiet der geistigen Kultur ebenso wie auf den sonstigen Gebieten. Kein Anlaß zum Verzagen zur Selbstbesichtigung liegt vor, sondern „ruhig, ohne Annäherung, kühl, ohne zu streiten, darf der heutige Deutsche nach der Ehre langen“, das sein „Volk“, das erste der Völker“ ist. Ueber die Kriegsschuldfrage spricht Scheffauer ein wahres und treffendes Wort, wenn er sagt: „Es ist eins der Wahrheiten für die Vermorschenheit und Verlegenheit des Weltkrieges, daß die schuldigen Nationen versucht haben, ein ethisches Urteil daraus zu schaffen — gegen den, der am wenigsten schuldig war.“

Der Spiegel, den der mit ebenso großer Intuition wie ploftischer Darstellungskraft begabte Verfasser dem deutschen Volk vorhält, zeigt aber dem Hineinschauenden ein doppeltes Gesicht, eine Ari Januskopf. Das eine Gesicht gibt die deutsche Größe wieder, das, wodurch das deutsche Volk die anderen übertrifft. Das andere spiegelt das Unzulängliche, das Kleinliche wieder, das, worin wir Deutschen gegenüber anderen Völkern zu kurz gekommen sind. Diese Ausführungen des Scheffauerschen Buches zu lesen, ist für uns Deutsche fast noch wertvoller wie die uns erhebenden Darlegungen. Er greift die innere Zerrissenheit des deutschen Volkes: „Das Land, das unter den Schlägen des Feindes so fest hätte werden müssen wie Stahl, der erhitzt und hart geschlagen im eisigen Wasser temperiert ward, führt Krieg im eigenen Land und reißt sich innen in Stücke, wie es von außen her zerrissen wird.“ „Der erste wirkliche Schritt zur Uebernahme seines Erbes besteht darin, daß jeder Deutsche weiß, daß er zum Volk gehört und das Volk zu ihm; denn wie ein bestimmtes Haupt erhebt sich dringend wieder und wieder die furchtbare Frage: Ist Deutschland wirklich eine Nation? Oder ist es nur eine Gruppe von verwandten Stämmen, Gemeinwesen-Regierungen — monon ein jedes durch ein wildes dämonisches Begehren von seinem Nachbar getrennt und der Auflösung, dem Nichts entgegengetrieben wird?“ Allzu wahr ist dies und ebenso das, was Scheffauer über den Deutschen rücksichtslos Objektivität dem Auslande gegenüber sagt, die „ihre größten Tugenden“ sei, und über die Rückwirkungen der in langen Jahrhunderten der Anfreiheit entwickelte Unterwürfigkeit auf den deutschen Volksharakter.

In schärfster Weise äußert sich der Verfasser gegen die deutschen Mängel auf dem Gebiet der Keuschheit, der Hölle der körperlichen Erscheinung und der Umgangsformen. Wer als Deutscher aus eigener Kenntnis fremder Völker Gelegenheit zu Vergleichen hatte, dem mußte die große Verschiedenheit in der Lebensgestaltung, wie sie besonders zwischen Deutschen und Engländern sich zeigte, in die Augen fallen. Scheffauer sagt den Unterschied so: „Der Deutsche verdammt alle seine Liebe und Kraft an sein inneres Selbst, er vernachlässigt die Verfeinerung und Veredelung der äußeren Formen.“ Es ist der Gegensatz der von manchen Deutschen als der „griechischen Kultur“ und „Zivilisation“ aufgefaßt wird, daß die letztere in manchen Schichten des deutschen Volkes vernachlässigt ist, wodurch die in der historischen Entwicklung begründete Verschiedenheit noch verschärft wurde. Kann keinem Zweifel unterliegen, wie ungemein stark aber manche damit zusammenhängenden Erscheinungen und Gemohnheiten des deutschen Lebens auf den Ausländer wirken, lassen die temperamentoollen Ausführungen des Verfassers über „den Schmerzbuch, den Fettnaechen, den ungeschickten, gemäßigten Körper“ erkennen, ferner über das abgeschorene Haar, welches man bei manchen anderen Nationen nur als Abzeichen des Zuchtüblers kennt, über die deutsche Grobheit, als deren Wurzel allerdings die Ehrlichkeit anerkannt wird, und schließlich das dem Verfasser als Unhöflichkeit erscheinende Verhalten gegen die Frau, obwohl er sofort gegen die „stille Entmannlichung, wie das bei der Weiberherrschafft in Nordamerika der Fall ist“, eingestellt ist. Die Hauptquelle der modernen Begerlichkeit, auf die der Durchschnittsdeutsche Meß war dem Verfasser zufolge „Ästhetischer und daher rein persönlicher Art.“

Es ist schwer für viele von uns, die der äußeren „Zivilisation“ gegenüber der inneren „Kultur“ einen geringen Rang beizumessen gemohnt waren, sich auf diese ganz andere Anschauungsweise einzustellen. Daß aber das Urteil anderer Völker über uns Deutsche durch solche und noch manche andere vom Verfasser nicht erwähnte Dinge, die Essens- und gesellschaftliche Gemohnheiten betreffen, ungünstig beeinflusst wird, darüber muß sich jeder klar werden, der zu Studien darüber in der Lage ist. Eine stärkere Berücksichtigung äußerer Formen auf manchen Lebensgebieten entsprechend dem Zustande, wie er sich bei den neben uns höchst entwickelten Nationen findet, wäre

unserem Volke allerdings zu wünschen. Die Freilichkeit, die dem Verleger zufolge „zum Glück der Masse und Nation geworden ist“, wird vermuthlich durch die wachsende Sportbetätigung im deutschen Volk allmählich zurückgehen.

In einem glänzend geschriebenen Schlußkapitel, „Die Welt Herrschaft des deutschen Geistes“, ruft der Verfasser das deutsche Volk auf zum geistigen Ringen um seine Befreiung, zur Einigkeit, zum Willen zum Fortleben und zum Sieg!

bestanden worden, das Finanzministerium zu übernehmen, ohne aber das Programm unterschreiben zu wollen. Als man bemerkte, so erklärt Volinard wörtlich, daß meine Anwesenheit in einem anderen Ministerium als demjenigen der Finanzen als eine rein politische Angelegenheit betrachtet werden würde, habe ich mehrfach versucht, von meiner Berufung in das Kabinett überhaupt Abstand zu nehmen.

Drahtische Sparmaßnahmen

Paris, 24. Juni. (Von unsem. Pariser Vertreter.) In dem ersten um 10 Uhr abend abgehaltenen Kabinettsrat wurde beschlossen die Vorstellung der Regierung in der Kammer etwas zu verzögern. Erst am nächsten Mittwoch findet die Vertagung der ministeriellen Erklärung statt. Für Freitag, Samstag, Sonntag und Montag sind Beratungen angesetzt. In seinen Reden vor dem Parlament gegenüber legte Briand auf folgende Höhe einen starken Nachdruck: Ich bin entschlossen, den Finanzminister mit meiner ganzen Autorität zu unterstützen, damit er seine schwere Aufgabe bewältigen kann. Es handelt sich um die Verwirklichung einer Politik der Ersparnisse und Einschränkungen. Die Vollmacht zur Durchführung der Reformen beziehen sich nur auf die Ersparnisse, deren Wirkung so rasch wie möglich zustande kommen muß.

Das neue Kabinett gehört größtenteils zu den größten, die Frankreich bisher gehabt hat. Es besteht aus 22 Mitgliedern, darunter 15 Ministern, 8 Staatssekretären und ein Oberstaatsminister. Drei Mitglieder des Kabinetts waren bereits Ministerpräsidenten, nämlich Briand, Gallaux und George Gogues. 8 Parlamentarier sind zum ersten Male Regierungsmitglieder geworden, darunter Senator Chapuis, der Deputierte Rogard, dann Pietri und Picot. Das Kabinett ist politisch sehr geschickt zusammengestellt.

Es besteht aus 9 Radikalsocialisten, darunter Gallaux, Dumont und Rogard, 3 Mitgliedern der radikalen Linken, 4 Republikanern, 3 republikanischen Sozialisten mit Aristide Briand an der Spitze, dem unabhängigen Sozialisten Coocq, einem Mitglied der linksrepublikanischen Demokraten und einem Nichtparlamentarier, dem General Guillaumet. Das jüngste Mitglied der Regierung ist der Unterstaatssekretär der Handelsmarine, der 35jährige Deputierte Volade. Mit Senator Chapuis dem neuernannten Handelsminister tritt einer der hervorragendsten Kenner wirtschaftlicher und finanzieller Fragen in die Regierung ein.

In der Kammer wurde die Zusammenfassung des neuen Kabinetts bei zahlreichen Reden und dem Zentrum angehörigen Gruppen sympathisch aufgenommen, doch läßt man voraussehen, daß die Frage der Kolonialpolitik eine ernste Debatte verursachen wird. Im Senat ist der Widerstand durchaus günstig. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Oberkommissar für die Durchführung der Sparmaßnahmen ernannt wird. Gallaux' Freunde haben gestern das Wort laziert: Die große Wunde mit Hilfe einer gewaltigen Operation. In der nationalistischen Presse spricht man starke Zweifel darüber aus, daß Gallaux mit einem solchen Plan Glück haben würde. In dem Organ der französischen Großindustrie „Journale Industrielle“ heißt es: Gallaux bereitet Versuche vor, eine autoritative Regierung zu errichten. Weshalb auch nicht, werden wir es, bevor wir urteilen.“ Als Hauptforderung wird in allen Blättern die sofortige Realisierung durchgreifender Reformen gefordert, um der öffentlichen Meinung zu beweisen, daß es sich diesmal um etwas anderes handelt, als um eine nachlässige politische Kombination. Trotzdem läßt der Oberkommissar des „Figaro“, der mit Herriot befreundet ist, gewisse Bedenken durchblicken. Er schreibt: Die erste Barriere wird von der Regierung gespielt werden müssen, wenn sie ihre Kraft beweisen soll. Es ist zu erwarten, daß Schwierigkeiten eintreten werden, sobald man zur praktischen Durchführung der Beschlüsse kommen wird.

Das Blatt „Avenir“ glaubt zu wissen, daß folgende Einschränkungen durchgeführt werden sollen: Schließung der Theater um halb 12 Uhr nachts. Schließung der Nachtclubs, Wiedereröffnung der Brot-, Zucker- und Petroleummärkte, Unterbindung der Lidresten und Einschränkung der Straßenbeleuchtung.

Englische Kommentare

London, 24. Juni. (Von unserem Londoner Vertreter.) Die Verhütung der französischen Regierung unter Briand und Gallaux Führerschaft erregt in England Sensation und Desorgnis. Man befindet sich, daß in Frankreich eines der letzten Bollwerke des konstitutionellen Parlamentarismus gefallen und daß England und Deutschland als dessen alleinige Vertreter unter den großen Nationen Europas übrig bleiben werden. Ueber die Ansichten Gallaux, die französischen Finanzen zu rehabilitieren, äußern sich die führenden englischen Blätter zurückhaltend. Die „Times“ sagen: „Das Gallaux Politik bedeutet, muß erst abgemessen werden. Sein Titel und seine Befugnisse sind uns in England nicht bekannt. Bedenken sie wirklich das, was man in Paris zu glauben scheint, daß er Briand ziemlich sensationelle Bedingungen aufzulegen? Die Finanzlage ist verzweifelt. Ob dieses zweifelhafte Kabinett mit Erfolg vor die Kammer getreten ist, kann man nicht viel Vertrauen in seine Zukunft und seine Pläne haben.“ Der „Daily Telegraph“ sagt: „Im Richte der jüngsten Ereignisse scheinen die Aussichten des neuen Ministeriums nicht vielversprechend. Es bleibt abzuwarten, ob der außerordentliche Mann Gallaux seine vorjährige Stellung wieder erobern kann.“

Parlamentareform in Spanien

Paris, 24. Juni. (Von unserem Pariser Vertreter.) Man berichtet aus Madrid, daß eine innerpolitische Umgestaltung Spaniens vorbereitet wird. Am 24. Juli tritt unter dem Vorsitz von Primo de Rivera eine Konferenz zusammen, die endgültige Beschlüsse über die Parlamentareform fassen wird. An beschränkter Länge soll die Kammer wieder an den Regierungsgeschäften teilnehmen und zwar als beratende Körperschaft. In der Hauptsache wird die Aufgabe eines solchen Parlaments die Regelung wirtschaftlicher Fragen sein.

Die parlamentarische Krise

Aus Reichstag und Rechtsauschuss

Berlin, 24. Juni. (Von unsem. Berl. Büro.) Im Rechtsauschuss des Reichstags sind die Dinge gestern nicht gerade gut, aber sie sind auch nicht ausgesprochen schlecht gelaufen. Zunächst einmal hat sich gezeigt, daß eine einfache Mehrheit für das Fürstentumsabfindungsgesetz zur Reife reifen würde. Nun hat der Reichstagsrat zwar gemeint: Die Regierung hätte nie daran gezweifelt, daß sie ein verfassungsänderndes Gesetz einbringen und daß die Zweidrittelmehrheit mit ihr erforderlich sei. Vielleicht wird man gut tun, dies Wort nicht gerade auf die Goldwaage zu legen. Im Rechtsauschuss hat man die Frage ebenfalls juristisch gestellt. Nehmen wir also immerhin an, daß es ohne qualifizierte Mehrheit nicht gehen wird. Auch dann finden wir noch keinen Grund, alle Hoffnungen fahren zu lassen, oder nach Art mancher Berliner Blätter uns in sensationellen Schlagzeilen zu üben, deren Bestimmung dann doch durch die nachfolgende Darstellung allmählich eingeschränkt, wenn nicht aufgehoben wird. Im Reichstag selber überwiegt gestern — und zwar bei den Vertretern aller Reaktionsparteien — eine gewisse Zuversichtlichkeit. Sicher, man ist noch nicht über dem Berg, man muß weiter verhandeln, und man hat in den Abendstunden schon wieder damit begonnen. Aber man glaubt es in den Fingernspitzen zu fühlen, daß diese Tagung nicht gerade unter Donner und Hagel ausgehen wird. Auch in der Stimmabgabe, in der die Mitglieder sich zusammenschließen, war man geneigt, ein günstiges Symptom zu sehen. Wer, meint man, sollte es was es wolle, alles zu verschlagen wünsche hätte sich am Ende anders verhalten, als es Sozialdemokraten und Deutschnationalen vordemhand beliebt!

Die zweite Sturmvolte am Reichstagsparlament

Es beunruhigt den schwedischen Handelsvertrag. Ueber ihn hat man gestern im Plenum beraten. Herr Hildebrand hielt eine, auch Ton und Inhalt übrigens nicht unerschöpfliche programmatische Rede, dann sprach noch ein Kommunist, der Wg. Horlacher von der Bayerischen Volkspartei und der demokratische Frhr. von Rittshofen, der behauptet dem Kompromiß die Wege weist. Argendies vermuthlich wird man bei ihm landen. Der alte Charakter wird dem Streit genommen werden, indem man, wie verlautet, die Suspendierung der Lebensmittelpreise um einige Monate verlängert. Ueber das andere — auch über die schwedischen Pflichten, die unserer Industrie schwer auf dem Rücken zu liegen — wird man im Auswärtigen- und im Handelspolitischen Ausschuss sich weiter unterhalten. Kann sein, daß man vor den Herren sich dort nicht mehr einigt dann wird es im Herbst vielleicht im Zusammenhang mit dem polnischen Vertrag geschehen. Eine wesentliche Befreiung bedeuten diese handelspolitische Auseinandersetzungen kaum noch. Der ursprünglich recht lebhaft unternommene Handelsvertrag mit Dänemark wird jedoch gestern in zweiter Lesung angenommen. Ohne den Widerspruch der wirtschaftlichen Vereinigung hätte man ihn auch endgültig verabschiedet.

Wenigstens noch über eine (vornehmlich hellere) Episode aus dem Beginn der Tagung zu berichten, es handelt sich um eine Vorlage, durch die die Regierung ermächtigt werden soll, zur Deckung eines vorübergehenden Bedarfs an Betriebsmitteln bis zu 400 Millionen Mark Schatzwechsel zu begeben, die dann unter Umständen von der Reichsbahn zu rediskontieren und zu lombardieren wäre. Die Vorlage vom Reichswirtschaftsminister Curtius (zug) und einmündig begründet, wird ohne weitere Debatte dem Haushaltsausschuss überwiesen. Nur Herr Hergt empfand das Bedürfnis, wie er ein wenig bombastisch sich ausdrückte, seine warmen Stimme zu erheben. Zu deutsch: Wegen den der Rechten eigentlich unpopulären Dr. Reinhold Altmeppen zu reden. Einem vorläufigen Finanzminister könnte man die erlebte Ermüdung ja ruhig erlauben, indes Dr. Reinhold sei ein Beispiel, er hätte die von der früheren Finanzverwaltung — des dem deutschnationalen Herrn von Schlieben — aufgesammelten Reserven vertan und ritte „mit verhängten Jägeln in das Defizit hinein“.

Man hätte es den lächerlichen Worten an, wie alles an den Haaren herbeigezogen war, Herr Hergt wurde denn auch mühelos von Dr. Curtius in den Sand gesetzt.

Nachträge zum Volksentscheid

Berlin, 24. Juni. (Von unsem. Berl. Büro.) Der von Reichstagsauschuss, eine ziemlich able und dogmatische Gesellschaft, die unter Führung des angeblich irgendeiner bürgerlichen Sozialisten Reichstags die entscheidungsmäßige Einsetzung der Fürsten betreibt, läßt seine Aufgabe anstehend für noch nicht erledigt. Er hat, wie wir der „Neuen Presse“ entnehmen, gestern eine Sitzung abgehalten, und dort ist beschlossen worden, den Kampf unter den Vorkämpfern „Reinen Feindes der Fürsten“, „Verfälschung des Reichstags“ fortzusetzen. Am kommenden Montag sollen große Kundgebungen dieses Ausschusses stattfinden und heute und morgen werden die Kommunisten wiederum am 2. h. Versammlungen abhalten und hinterher in nächstem Dunkel den Gemüthspöbel schwingen. Die Deutschnationalen sollten sich wirklich einmal ernsthaft überlegen, wessen Sache sie führen.

Änderung des Reichsmietengesetzes

Der Wohnungsausschuss des Reichstages nahm am Mittwoch einen vom Zentrum, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschnationalen Volkspartei unterstützten Beschlenswurf zur Änderung des Reichsmietengesetzes an. Danach soll in das Gesetz folgende Bestimmung über die Erhebung von Zusatzmiete eingefügt werden:

„Sind an einem Gebäude oder Gebäudeteil nach dem 1. Juli 1920 mit Zustimmung des Mieters oder der Wohnzögler der beteiligten Mieter bauliche Veränderungen vorgenommen, die den Gebrauchswert erhöhen und nicht als Instandsetzungsarbeiten anzusehen sind, und ist die Friedensmiete nicht erhöht worden, so kann der Vermieter die zur angemessenen Vergütung des unedelmäßig angemessenen Kapitals erforderlichen Beiträge im Verhältnis der Friedensmiete auf die Mieter umlegen, für die der Gebrauchswert der gemieteten Räume erhöht wird. (Zusatzmiete). Wird der Gebrauchswert in verhältnismäßig umfänglicher Weise erhöht, so hat die Umlegung nach dem Verhältnis der Erhöhung zu erfolgen. Im Streitfall entscheidet das Mietelungsausschuss.“

Das Schankstättengesetz vor dem Reichswirtschaftsrat

Der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm in gemeinsamer Sitzung den Bericht des Arbeitsausschusses für das Schankstättengesetz entgegen. Der Beschlenswurf will den Mißbrauch geistiger Getränke dämpfen und die Jugend vor den Gefahren des Alkohollismus schützen. Er strebt eine Verbesserung des Konzeptionswesens dadurch an, daß er eine vorübergehende Sperre bei der Erlaubniserteilung einführt und mit einem Verbot des Ausschanks von Branntwein und des Kleinhandels mit Branntwein an Zahl und Lohnzogen usw. ermächtigt. Der Ausschuss folgte im Großen und Ganzen den Richtlinien des Beschlenswurfs.

Es wurde eine Reihe von Nebenbestimmungen und Anschließungen angenommen, deren wichtigste Gleichrichtung bei Verlangen von Konzeptionen, die im folgenden Sperrjahr erfolgen, vorliegt. Ferner wird die Reichsregierung ermächtigt, einzelstaatliche Bestimmungen für die Regelung der Polizeistunde zu erlassen. Am 5. 23, der die Anwendung der Vorschriften auf Vereine und Gesellschaften regelt, wurde folgender Zusatz beschlossen: „Die vorstehenden Vorschriften finden keine Anwendung auf Wirtshauslokale.“

schaften, welche ausschließlich selbstgezeugte Weine auszubringen und einen Revisionsverband angeben.“ Weiter wurde die Streichung des § 20 beschlossen, wonach durch Landesgesetz der Bier- und Weinhandel fongelionspflichtig gemacht werden kann.

Folgende Anschließung wurde angenommen: „Hinsichtlich der Ausdehnung der Polizeistunde soll weitgehende Rücksicht auf Wohnverhältnisse genommen werden. Wirtshäuser auf Schenkerlaubnis bei geistigen Getränken aller Art auf oder im Zusammenhang mit Tanz, Spiel und Sporttischen oder Hallen soll die Genehmigung verweigert werden.“

Dr. Curtius über die Wirtschaftslage

Im ihrem ausführlichen Interview über Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitische äußerte sich Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, daß, wenn auch augenblicklich die Aufschwungbewegung einen Rückschlag zeigt, man doch mit einer Zunahme der deutschen Ausfuhr in der zweiten Hälfte dieses Jahres rechnen könne. Seit etwa vier Wochen würden Anträge auf Inanspruchnahme der Exportkreditversicherung genehmigt. In den ersten fünf Sitzungen der Versicherungskasse sei für Versicherungen im Werte von 970 000 M die Versicherungssumme beschlossen worden. Außerdem solle man auch der Hamburger Plan-Bewirtschaftung fündig, jedoch man nach den Worten des Ministers von einem gewissen, wenn auch keinen Erfolg auf diesem Gebiete sprechen dürfe. Zur Frage der Auslandskredite bemerkte der Minister, daß die völlige Ausnutzung der Ausfuhrkreditlinie in erster Linie von dem russischen Devisen abhänge. Er hoffe, daß sich gewisse Schwierigkeiten der Finanzierung in Kürze leicht wogrummen ließen. Von einem vorläufigen Wechselkurs der Reichsmarkungen könne nicht die Rede sein.

Bezüglich der Bekämpfung der Gewerkschaften äußerte er seine Ansicht über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vernähren sich, wie der „Vorwärts“ meldet, in erster Linie gegen die Senkung der Unterhaltungsätze. Zur Durchführung einer größeren Arbeitsverteilung für Reichsbahn und Reichspost, für Seefahrt, Kanal- und Straßenbau schlugen sie die Aufnahme von Arbeitsbeschäftigten vor; insbesondere wurde auf eine noch größere Ausdehnung der Steuererheben hingewiesen.

Der Minister läßt die Besprechung mit dem Bismarck, auch sein Ministerium beschäftigt sich eingehend mit diesen Fragen und er werde zu gegebener Zeit die Gewerkschaftsvertreter wieder zu sich bitten.

Hochwasser und Unwetter

In der Nacht zum Mittwoch haben die Wasserläufe der Elbe zwischen Hohenwarte und Klippitz bei Magdeburg die Schutzdämme durchbrochen und über 800 Morgen Ackerland überflutet, deren Früchte zum größten Teil als verloren gelten müssen. Unterhalb Magdeburgs sind weitere umfangreiche Gebiete überflutet worden. Oberhalb Magdeburgs gelang es der angelegten Arbeit der Magdeburger Flotterie, die Dämme zu halten, die eine ganze Reihe von Dörfern und mehr als 600 Morgen Ackerland vor dem Verderben durch einen Deichbruch der Elbe schützten. Bei Verhöhn-Fischbeck drohten die Fluten den Sommerdeich zu durchbrechen, wodurch mehr als 3000 Morgen Ackerland den schwersten Schäden erliden würden.

Nach weiteren Nachrichten ergibt sich, daß Brandenburg Schleien und Sassen von Hochwassererschöpfungen heimgesucht worden sind, wie sie sich dort in einem solchen Umfange noch nicht ereignet haben. Im Rottbuser Gebiet ist mehr als ein Fünftel der gesamten Anbaufläche völlig vernichtet. Der Schaden erstreckt sich über mehr als 34 000 Morgen Ackerland, in Sorau über 15 000 Morgen, in der Westpreußen über 30 000 Morgen.

Die allgemein in Erhebung tretende Entgegensetzung macht sich bereits auf dem Getreidemarkt durch eine starke Aufwärtsbewegung bemerkbar.

Letzte Meldungen

Schweres Motorradunglück

München, 24. Juni. Bei Heilbronn in Mittelfranken wollte ein Reichskommissar auf der Fahrt nach München mit seinem Motorrad, auf dessen Soziusplatz eine Dame saß, ein Auto überholen. Durch die starke Staubentwicklung bemerkte er jedoch ein ihm entgegenkommendes Auto nicht, fuhr mit voller Wucht auf dieses auf und geriet unter dessen Vorderreifen. Es wurde ihm der linke Fuß abgerissen und der Brustkorb eingebrochen. Der Krat konnte nur noch den Tod des Verunglückten feststellen. Auch die Begleitlerin wurde vom Tode geschleudert, erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot.

Gewitter im Allgäu

Oberdorf, 24. Juni. Dieser Tage war der westliche Allgäu, insbesondere die Gegend zwischen Pfäfers und Oberdorf, von einem schweren Gewitter heimgesucht. In der kleinen Ortschaft Grotz wurde der Wassermeister und Dorfverwalter Fritz Müller vom Blitz getötet. Auch eine Frau, die beim Hausarbeiten beschäftigt war, wurde vom Blitz erschlagen.

Am die Bekämpfung Dorymüllers

Berlin, 24. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Die Scherf-Preise bedauert, das Reichskabinett würde noch heute abend dem Reichspräsidenten empfehlen, die Wahl Dorymüllers zu verhindern, nachdem heute nachmittags eine Unterrichtsminister dem Reichstagsrat und dem aus Karlsruhe heimkehrten Vorständen des Verwaltungsrats der Reichsbahn, v. Siemens, fünf Stunden hätte. Krupp erläßt selber

Essen, 23. Juni. Das Direktorium der Firma Krupp teilt mit, daß sich die Firma genötigt sehe, wegen der zunehmenden steigenden Wirtschaftslage bis 1. November weitere 3000-4000 Arbeiter zu entlassen. Für diesen Abbau werden in der Hauptsache die mechanischen Betriebe in Frage kommen. Die Kündigungen werden ab 1. Juli erfolgen.

Typhusepidemie in einer Schweizer Irrenanstalt

Zürich, 23. Juni. In der obergerichtlichen Irrenanstalt Königsfeld herrscht zurzeit eine schwere Typhusepidemie, die bereits fünf Todesopfer gefordert hat. Die Zahl der Erkrankten ist auf 71 gestiegen. Es muß mit einer weiteren Zunahme gerechnet werden. Die Epidemie ist beim Wärterpersonal entstanden durch Infektion infolge der ungenügenden sanitären Einrichtungen und primitiven Entwässerungsverhältnisse. So befinden sich die Aborte für das Küchenpersonal im Wardehaus der Anstaltskirche. Das eidgenössische Gesundheitsamt hat eine Untersuchung eingeleitet.

Streikverbot für schweizerische Beamte

Genève, 23. Juni. Der Nationalrat nahm mit großer Mehrheit einen Artikel in dem neuen zur Zeit dem Bundesparlament zur Erledigung vorliegenden Beamtengesetz an, der bestimmt, daß der Beamte weder selbst streiken noch andere Beamte zum Streik veranlassen darf.

Büßliche Zusammenkünfte in Hongkong

Hongkong, 23. Juni. In Gestalt bei Kaito kam es gestern zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Volksmenge und der Polizei, die eine Frau verhaftet wollte, die sich den polizeilichen Anordnungen auf dem Wochenmarkt nicht fügen wollte. Als sie laut schrie, daß die Polizisten sie verprügelt hätten, sammelte sich eine große Menge Menschen an, härmte das Polizeikommissariat und plünderte das dort befindliche Magazin, in dem sich Waffen und Munition befanden. Der Polizeikommissar gab hierauf Befehl, auf die Menge zu schießen. Die Beamten gaben drei Schüsse ab, durch die drei Personen getötet und sieben verwundet wurden.

